

## EPILOG

# AUCH IN ZUKUNFT: LEISTUNG, AUFSTIEG, SICHERHEIT

VON HANNES ANDROSCH

130 JAHRE SOZIALDEMOKRATIE:  
EINE ERFOLGSGESCHICHTE  
MIT OFFENEM AUSGANG

Die Sozialdemokratie, vor 130 Jahren als Ergebnis des Industriezeitalters und vor dem Hintergrund von Aufklärung und Humanismus sowie deren emanzipatorischem Anspruch entstanden, kann heute auf eine stolze Geschichte zurückblicken. Über die Jahrzehnte hinweg wurde um Demokratie, Emanzipation und soziale Sicherheit gerungen, um breiten Wohlstand, Freizeit und Mobilität, Wohn- und Lebensqualität, alles in allem um Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit und Freiheit von Furcht und Not, zusammengefasst: um die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens. Das Ergebnis der Kämpfe um gleiche Rechte und demokratische Mitsprache im Industriezeitalter ist ein hohes Maß an Chancengleichheit und großer sozialer Gerechtigkeit auf breiter Basis.

Schon im Revolutionsjahr 1848 – dem Jahr, in dem überdies das Kommunistische Manifest veröffentlicht wurde – waren neben den Bürgerlich-Liberalen auch Arbeiter auf die Barrikaden gegangen, um auf ihre erdrückende Lage aufmerksam zu machen. In weiten Teilen Europas, zuvorderst in Österreich, kam es zu heftigen Protesten und revolutionären Unruhen, die aus dem Emanzipationskampf politisch einflussloser Bevölkerungsschichten resultierten. Zur bürgerlichen Revolution in der Wiener Herrengasse gesellte sich der proletarische Aufstand in der Gumpendorfer Straße. Dennoch blieb die soziale Frage vorerst unberücksichtigt, und so begann erst mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs am Hainfelder Parteitag zum Jahreswechsel 1888/89 jene von Erfolgen, aber auch Rückschlägen gekennzeichnete Zeit, in der die Rechte der Arbeiterinnen und Arbeiter mühevoll erkämpft wurden. Dabei war klar, dass nur der erfolgreiche Kampf um politische Rechte, allen voran das allgemeine und gleiche Wahlrecht, auch den Kampf um soziale Rechte ermöglicht. Gleichzeitig aber hat die Sozialdemokratie auch früh die Bedeutung von Bildung erkannt, weshalb sie das Motto „acht Stunden arbeiten wir, acht Stunden schlafen wir, acht Stunden lernen wir“ formulierte. An der Notwendigkeit umfassender Bildung und lebenslangen Lernens für ein gelingendes Leben hat sich im Übrigen bis heute nichts geändert, im Gegenteil: Die Bedeutung von Bildung ist heute größer denn je.

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag Europa als Ergebnis nationalistischen Furors in Trümmern, und es waren die Sozialdemokraten, die – gemeinsam mit den Christlich-Sozialen und Liberalen – den Kontinent wiederaufbauten. Dies gilt auch und gerade für Österreich. Wirtschaftsaufschwung und Aufbau des Wohlfahrtsstaats gingen Hand in Hand, unterstützten und ermöglichten einander. Dieser Erfolg, der Westeuropa ebenso wie unser Land wie Phönix aus der Asche emporsteigen ließ, veranlasste jedoch schon 1987 den Sozialliberalen Ralf Dahrendorf zur Aussage, die Sozialdemokratie habe ihre Ziele erreicht und sich damit selbst überlebt; das „Ende des sozialdemokratischen Zeitalters“ sei besiegelt.

Und tatsächlich begann damals der Aufstieg des Neoliberalismus, international mit den Namen Thatcher und Reagan verbunden. Es folgten verschwenderische Privatisierungen, auch bei uns (so etwa die Steyr Daimler Puch Werke und die CA / Bank Austria), und selbst von Versorgungseinrichtungen, zudem die Zurückdrängung



der Gewerkschaften und vielfach ein Abbau des Sozialstaates. In der Angst, den Zeitgeist zu versäumen, übernahmen auch viele Sozialdemokraten zumindest Teile dieses Gedankenguts, etwa jenen, den Finanzbereich zu deregulieren. Die Wirkungen waren desaströs – von der Hypo Alpe Adria bis zu Lehman Brothers. Zugleich – vielleicht auch deswegen – begann eine Abwärtsspirale, die den Sozialdemokraten in Form schlechterer Wahlergebnisse zu schaffen machte.

Inzwischen sind wir aus dem Industriellen ins Digitale Zeitalter eingetreten – eine Epochenwende verbunden mit großen Chancen, aber ebensolchen Risiken. Die soziale Frage bleibt angesichts der weltweit rasant wachsenden Ungleichheit und verschärft durch die demografische Entwicklung weiter aktuell: Wie man unter den sich wandelnden Bedingungen die sozialen Errungenschaften erhalten oder dort, wo notwendig (Pensionsversicherung, Pflegebereich, medizinische Versorgung der alternden Bevölkerung), sogar noch ausbauen kann und muss, ist derzeit eine ebenso offene Frage wie die Zukunft der Arbeit oder eine angemessene Besteuerung der digitalen Wirtschaft. Angesichts drohender sozialer Verwerfungen und damit einhergehender politischer Spannungen müssen Frieden und Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Chancengleichheit und Solidarität gewährleistet werden. Diese Ziele gilt es in einer Zeit der Umwälzungen, der Umbrüche und tektonischen Bedeutungsveränderungen, in einer Welt mit zahlreichen Brandherden und noch mehr explosiven Bedrohungen, einer Welt der Unordnung und Unsicherheit zu verwirklichen. Autokratischer und korrupter religiöser Fanatismus, Fremdenfeindlichkeit und nationalstaatliche Isolierung nehmen zu, ebenso Renationalisierung, Protektionismus, Isolation und Gefährdung der Grund- und Menschenrechte sowie der Rechtsstaatlichkeit und die einhergehende Zeitenwende und Sattelzeit des Übergangs vom Holozän zum Anthropozän. Die Umwelt- und Klimakrise ist zu einer menschenbedrohenden Gefahr geworden, mit der Folge, dass Flüchtlingsströme und Migrationswellen ebenso wie terroristische Gefahren sich über den gesamten Erdball bewegen und gleichzeitig Festungen mit neuen Mauern und Stacheldrahtzäunen errichtet werden.

Hier liegen die neuen Herausforderungen und Aufgaben für die Sozialdemokraten. „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, sangen sie einst in der Hoffnung auf eine „hell aus der dunklen Vergangenheit leuchtende Zukunft“. Und das Ziel, eine bessere Welt zu schaffen, ist auch heute noch aufrecht, wenngleich die Realisierung unter den neuen Bedingungen schwieriger geworden zu sein scheint. Dennoch könnte die Sozialdemokratie auf Basis ihrer immer noch gültigen Wertorientierungen ihre Erfolgsgeschichte fortsetzen – zum Erhalt und zur Stärkung unserer demokratischen, freiheitlichen und friedlichen Gesellschaft. Könnte, denn ob sie die dazu notwendigen Schritte setzt, scheint derzeit keineswegs sicher.

#### DIE AKTUELLE KRISE

Die beachtliche sozialdemokratische Bilanz im ersten Jahrhundert ihres Bestehens wird seit Beginn dieses Jahrtausends durch schwere Krisen getrübt. Der Zusammenhalt internationaler sozialdemokratischer/sozialistischer Parteien ist de facto zerfallen, fast alle europäischen Parteien machen eine schwere Krise durch, und auch die SPÖ befindet sich in einer Abwärtsspirale, obwohl sie noch immer zu den stärksten europäischen Parteien der Sozialdemokratie zählt. Am ehesten erfolgreich sind noch die Parteien auf der iberischen Halbinsel und in Skandinavien, freilich auch nicht mehr vergleichbar mit der Hochblüte unter Felipe González und Olof Palme.

Zweifelloso ist einer der Gründe die allgemeine Krise der großen Volksparteien, die nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch das konservative Lager erfasst hat. Aber eine historisch so lebendige Bewegung wie die sozialdemokratische leidet darunter besonders. So ist aus einer aus der Not der Zeit heraus entstandenen und kämpfenden Zukunftsbewegung inzwischen eine bewahrende und beharrende strukturkonservative Erscheinung

## Die Krise des Wohlfahrtsstaates

geworden, die scheinbar nichts anderes bieten kann als ein Mehr vom Selben unter dem Motto „Wenn die Medizin nicht wirkt, erhöhen wir einfach die Dosis“. Doch mit der im industriellen 20. Jahrhundert bereits gescheiterten Rezeptur wird man die Probleme des digitalen 21. Jahrhunderts noch weniger lösen. Die Entwicklung der letzten Jahre scheint somit Ralf Dahrendorf vordergründig Recht zu geben, zumindest was die Erreichung emanzipatorischer Ziele – wie allgemeines Wahlrecht, Etablierung einer sozialen Marktwirtschaft oder Gleichstellung der Frauen – betrifft. Das ist weitgehend gelungen, wenn auch nicht ausreichend. Und auch der Wohlfahrtsstaat ist – zumindest in Europa – etabliert, obgleich nicht dauerhaft abgesichert. Um seine Segnungen zu bewahren, muss man ihn permanent reformieren unter Berücksichtigung der demografischen Veränderungen, der Zunahme der durchschnittlichen Lebenserwartung und der dementsprechend ebenfalls gestiegenen Aufwendungen für Pensionen, für Gesundheit und Pflege bei gleichzeitiger Abnahme der Anzahl der Erwerbstätigen sowie einer konstant niedrigen Geburtenzahl. Das den Sozialstaat immer stärker belastende Verhältnis zwischen zahlenmäßig immer weniger Aktiven und immer mehr Nicht-Aktiven könnte einzig durch Migration gebremst werden, gegen die aber aus unterschiedlichen Gründen ebenfalls Widerstände mobilisiert werden. In unserer industriellen Wohlstandszone bedroht uns also zunehmend eine demografische Bombe und in der Folge ein Mangel an Arbeitskräften und damit die zunehmende Gefährdung der Finanzierung unseres Wohlfahrtsstaates.

Das betrifft den praktischen, in vielen Bereichen erfolgreichen Teil der sozialdemokratischen Bewegung. Der andere, geistige Teil hat seine Wurzeln in der Aufklärung. An ihren Zielen hat sich nichts geändert, ganz im Gegenteil, allerdings gilt auch noch immer: „Nur der verdient sich Freiheit wie das Leben, der täglich sie erobern muss“ (Goethe). Dies hieß: „Links und frei“. Und diese Freiheit, die dazu erforderliche Rechtsstaatlichkeit und das demokratische ebenso wie das marktwirtschaftliche Prinzip bei sozialstaatlicher Ausrichtung sind zunehmend in Gefahr – nicht nur in autokratischen Staaten, sondern durch nationalistische, antieuropäische Tendenzen von Trump über Johnson bis zu Orbán, Kaczyński oder Strache & Co. auch in westlichen Demokratien.

Umso mehr schmerzt der aktuelle Niedergang der Sozialdemokratie und macht traurig nach den großen Erfolgen. Es tröstet auch nicht, dass dies andere große Gruppierungen und andere Länder ebenfalls betrifft. Die Mitte schrumpft, die radikalen Ränder werden stärker, die politische Handlungsfähigkeit sinkt dramatisch. Politik besteht zunehmend aus inhaltslosen Ankündigungen, Schaumschlagereien und Angstmacherei. Ein politischer Cocktail aus xenophober Migrationsablehnung sowie Klimaschutz- und Energieversorgungsutopien ist sicher nicht zukunftstauglich.

## DAS DIGITALE ZEITALTER

Zu dieser Entwicklung hat die Tatsache beigetragen, dass auch oder gerade die Sozialdemokratie die Zeichen der neuen Zeit nicht rechtzeitig, oft noch gar nicht erkannt hat: Wir sind ins digitale Zeitalter eingetreten, mit globaler Kommunikation, an der (fast) alle teilhaben können, aber gleichzeitig organisiert als – zugespitzt formuliert – „antidemokratischer Überwachungsstaat“ und/oder „manipulierender Überwachungskapitalismus“. Im einen Fall kontrollieren autoritäre Regime wie jenes in China die digitale Umwälzung, im anderen Fall machen es die Konzerne, die sich jeglicher Kontrolle entziehen und ganz legal für ihre riesigen Gewinne keine angemessenen Steuern entrichten. Doch während es in der Geschichte zahlreiche Beispiele dafür gibt, wie ein Staat seine Bürgerinnen und Bürger überwacht (wenngleich mit dilettantischen Mitteln im Vergleich zu heutigen Möglichkeiten), so ist das Phänomen des Überwachungskapitalismus ein neues und damit weitaus unberechenbareres. Schritt für Schritt haben Unternehmen wie Google, Apple, Facebook, Microsoft, Netflix und viele andere sowohl den Umfang der Überwachung (durch den Übergang von der virtuellen in die reale Welt) als auch die Tiefe der Überwachung (durch Anhäufung von Daten über die Persönlichkeit, Stimmungen

## Überwachungs-kapitalismus

und Emotionen der Nutzerinnen und Nutzer) erweitert. Widerstand gegen diese Entwicklungen gab es bisher fast keinen. Dazu kommt noch, dass diese Unternehmen zwar riesige Gewinne machen, es aber dennoch noch keine praktikablen Konzepte zur Besteuerung (z.B. durch Änderung des Sitzstaat- zu Marktstaatgrundsatz oder Beseitigung der Steueroasen) der Digitalriesen gibt. Erfolgreich könnten solche zudem nur sein, wenn sie international wirksam sind. Den digitalen Gegebenheiten fehlen bislang angemessene Spielregeln, wir brauchen eine „Magna Charta des Internets“, eine digitale Straßenverkehrsordnung und ein digitales Steuersystem. Insofern ist die von US-Präsident Donald Trump betriebene Anprangerung der Globalisierung und die Rückkehr zum nationalistischen Protektionismus samt daraus resultierendem Handelskrieg eine dramatische Fehlentwicklung.

Dabei hat die Menschheit durchaus Erfahrung mit solch weitreichenden Umbrüchen, wengleich auch in anderen Geschwindigkeiten: So brachte die Neolithische Revolution vor etwa 12 000 Jahren, als die Menschen sesshaft wurden und begannen, Haustiere zu halten und Ackerbau zu betreiben, die produzierende Wirtschaftsweise, und löste damit das Jäger- und Sammlertum ab. Die Industrielle Revolution wiederum, beginnend in England vor rund 250 Jahren mit der Erfindung der Dampfmaschine, bewirkte eine stark beschleunigte Entwicklung von Wissenschaft, Technik und Produktivität und damit eine tiefgreifende Umwälzung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse. Gleichzeitig läutete sie den Beginn des Zeitalters fossiler Energieträger (Kohle, Erdöl) ein – mit all seinen Erfolgen, aber auch den heute sichtbaren Umwelt- und Klimafolgen durch die stark gestiegene CO<sub>2</sub>-Belastung. Hinzu kommt, dass die zunehmende Digitalisierung immer mehr Elektrizität benötigt. Dies macht umweltverträgliche Energieversorgung umso wichtiger.

Nun stehen wir vor einer neuerlichen prometheushaften Revolution – der digitalen – und einer Zeit der Beschleunigung, die mindestens genauso wirkmächtige Veränderungen viel rascher mit sich bringen wird. Die durchgreifende Digitalisierung nahezu aller Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft, die umfassende Vernetzung sowie der verstärkte Einsatz von Künstlicher Intelligenz, Algorithmen, Machine Learning und von Robotern, vor allem aber die enorme Bedeutung von Daten – Stichwort „Big Data“ – werden jeden Einzelnen in irgendeiner Form berühren. Wir müssen uns erneut auf globale Umwälzungen einstellen, uns dabei aber immer auch vor Augen halten, dass die Digitalisierung keine Naturgewalt ist, die über uns hereinbricht, sondern dass wir diese Entwicklung gestalten können und müssen.

## Die digitale Zukunft mitgestalten

Die Erfahrungen der Vergangenheit können uns dabei helfen: So lehrt uns die Geschichte der Industriellen Revolution, dass die damals neu entwickelten Technologien zwar viele Arbeitsplätze obsolet machten, dass aber gleichzeitig noch viel mehr neue Jobs entstanden sind. Ob dies auch bei der Digitalen Revolution so sein wird, ist in der Fachwelt noch umstritten. Es gibt aber viele gute Argumente, dass es auch diesmal insgesamt nicht weniger, sondern mehr, aber eben *andere* Arbeitsplätze geben wird. Um die neuen Möglichkeiten sinnvoll nutzen zu können, braucht man auf allen Ebenen Spezialistinnen und Spezialisten, die die digitalen Technologien beherrschen. Weiters führt der demografische Wandel zumindest in den westlichen Industriestaaten zu einer alternden Bevölkerung und einem Arbeitskräftemangel – und das auf allen Qualifikationsstufen. So wird es auf absehbare Zeit beispielsweise durchaus einen deutlich größeren Bedarf an Arbeitskräften im Bereich der Pflege oder bei der Bildung geben. Jedenfalls unterliegt die Arbeitswelt erheblichen Veränderungen, ist in ständigem Umbruch.

Vor allem aber brauchen wir Menschen, die in jenen Bereichen besonders gut sind, in denen Computer und Roboter noch lange nicht, vielleicht auch nie, mit den Fähigkeiten der Menschen mithalten können: bei Kreativität und kritischer Reflexion.

## DER NOTWENDIGE UMBAU DER WIRTSCHAFT

### Daten treiben die Wirtschaft

In dieser digitalen Struktur, wo es nicht mehr um rauchende Schornsteine rostender Altindustrien, sondern um rauchende Köpfe geht, zudem die Kapitalbasis eine geringe, immaterielle Güter – Erfindungen, Innovationen, Daten, aber vor allem qualifizierte Mitarbeiter – dafür eine umso größere Rolle spielen, entwickeln sich auch neue Geschäftsmodelle. Damit droht hier gleichfalls eine Spaltung: Die sogenannte Plattform-Ökonomie ist ein „Kapitalismus ohne (Anlage-)Kapital“, oder anders formuliert: Daten treiben heute die Wirtschaft. Und so sind auch die neuen Unternehmensgiganten – Google, Apple, Amazon, Facebook, Netflix, usw. – allesamt Techgiganten, die immer größeren wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und auch politischen Einfluss erlangen. Sie erfassen zunehmend alle Lebensbereiche, benötigen dabei ungleich geringeres Kapital in Form von Sachanlagevermögen, generieren aber umso mehr Vermögen in Form von *Intangibles*, also immateriellen Werten, die in ihrer Mitarbeiterschaft und deren Know-how, ihren Lösungsfähigkeiten und Patenten bestehen. Auch wenn es in diesem neuen digitalen Ecosystem auch Hardware gibt, so ist die Software der entscheidende Faktor. Sie ermöglicht die Sammlung von Daten sowie deren Analyse, Fusion, Verknüpfung und geschäftliche Nutzung.

Der gesamte Prozess ist gekennzeichnet durch Null-Grenzkosten, da die Daten unentgeltlich anfallen. Der einzelne Konsument „bezahlt“ für die Dienste, etwa die Nutzung von Facebook, mittels Überlassung seiner für sich allein wertlosen Daten. In der Masse – „Big Data“ – schaffen diese Daten dann Werte und Einfluss, führen zu gewaltigen Umsätzen, riesigen Gewinnen und großen Cash-Beständen, verbunden mit geringer Steuerleistung, da die bisherigen Grundlagen für die Steuerbemessung nicht mehr greifen.

Betroffen sind nahezu alle Bereiche: die Landwirtschaft ebenso wie der Bergbau, Sicherheitsdienste wie die Feuerwehr genauso wie die Industrie mit zunehmender Roboterisierung (Stichwort „Industrie 4.0“), die Medizin mit personalisierten Therapien, der Pflegebereich, die Mobilität (Stichwort „autonomes Fahren“), die Haushalte, die Banken und der zunehmend digitale Zahlungsverkehr... – die Reihe ließe sich beliebig fortsetzen. Die gesamte Entwicklung bedeutet *radikale*, d.h. im tatsächlichen Wortsinn „an die Wurzeln gehende“ Veränderungen der Arbeitswelt, verbunden mit der daraus resultierenden Notwendigkeit flexibler Arbeitszeitgestaltung bei gleichzeitiger Wahrung bzw. Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -sicherheit.

### Höherqualifizierung als „asset“

Darüber hinaus verlangen die neuen Arbeitsprozesse auch andere, zum Teil wesentlich höhere Qualifikationen. Vielfach besteht die Angst, dass durch diese Entwicklung die Arbeit ausgehen könnte; Schlagworte wie „Roboter stehlen jeden dritten Job“ machen die Runde. Das kann durchaus zutreffen, betrifft aber in erster Linie monotone bzw. leicht erlernbare Routinetätigkeiten, für die keinerlei Talent benötigt wird, sowie schwere oder gefährliche Arbeiten (3 d's: dull, dirty and dangerous). Gleichzeitig aber entstehen auch viele neue, bessere und höher qualifizierte Arbeitsplätze, etwa in der Erzeugung und Wartung der Hardware, vor allem aber in der Entwicklung von Software, und vor allem überall dort, wo es um Tätigkeiten geht, die von Maschinen nicht ausgeübt werden können oder die wir nicht von ihnen ausgeübt haben wollen, weil der *menschliche Faktor* hier einen entscheidenden Mehrwert bedeutet.

Von der Entwicklung der Arbeitswelt ist auch jene von sozialer Gerechtigkeit/Fairness bzw. zunehmender Ungleichheit nicht zu trennen. Die ungleiche Vermögensverteilung hat nicht nur in den westeuropäischen Staaten, sondern vor allem weltweit enorm zugenommen, während gleichzeitig ein neues Prekariat oder Proletariat entsteht, das sich nicht mehr nur aus Nicht-Qualifizierten, sondern zunehmend auch aus Angehörigen des Mittelstandes speist. Arbeitsmodelle wie Ich-AGs mit Null-Stunden-Verträgen, wie zum Beispiel bei Uber, waren bis vor kurzem noch unvorstellbar, doch deren Anzahl wird künftig dramatisch steigen. Daher muss alles getan werden, die drohende digitale Proletarisierung zu verhindern.

Angesichts dessen stellt sich aber auch die Frage der gerechten Besteuerung. Waren in den Anfangszeiten des Steuerwesens Grund und Boden sowie menschliche Muskelleistung Hauptanknüpfungspunkt für die Steuern, so wurde es im Industriezeitalter das Sachkapital, die damit verbundenen Gewinne und Umsätze, vor allem aber die Einkommen, insbesondere Arbeitseinkommen, die als Bemessungsgrundlage herangezogen wurden. Mit den radikalen Umbrüchen in der Wirtschaft stellt sich nun die Frage, was im Digitalen Zeitalter Besteuerungsgegenstand sein kann, um die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben zu ermöglichen. Neue Erfassungsmethoden müssen dabei ebenso diskutiert werden wie die Frage des Besteuerungsrechts gegenüber global agierenden Unternehmen. Und auch wenn sich Daten als neuer entscheidender Rohstoff als Bemessungsgrundlage für eine Digitalsteuer anbieten, wäre dies mit dem Problem der Erfassbarkeit verbunden und dürfte nicht die weitere technologische Innovation be- oder verhindern. Gleiches gilt für Umsatz- und Gewinnbesteuerung von Plattform-ökonomischen Netzwerkunternehmen. Es müssen folglich Wege für eine Gewinnbesteuerung aufgrund virtueller Betriebsstätten, d.h. Lokalisierung der ausgehenden Tätigkeiten (Marktstaat- statt Sitzstaatprinzip), gefunden werden. Daraus folgt einmal mehr, dass es hier entsprechender internationaler, zumindest aber europaweiter Regelungen bedarf, denn kein einzelnes Land kann hier allein erfolgreich sein. Dies gilt insbesondere auch für die Beseitigung von Steueroasen.

### Transnationale Steurgerechtigkeit

Dies sollte gerade vor dem Hintergrund europaschwächender Tendenzen immer wieder ins Bewusstsein gerufen werden. Nur wenn es gelingt, gesamteuropäisch zu agieren und in diesen Fragen an einem Strang zu ziehen, wird es gelingen, die Macht der globalen Konzerne wieder ein Stück weit zu bändigen, nicht aber mit nichtssagenden Alibihandlungen wie in Österreich. Dann aber kann die Entwicklung in Richtung Digitale Gesellschaft für Europa auch eine immense Chance bedeuten, vorausgesetzt es gelingt, der Dominanz der USA und dem unaufhaltsam scheinenden Aufstieg asiatischer Volkswirtschaften Paroli zu bieten. Die digitalen Technologien haben das Potenzial, Produktion in Europa zu sichern oder sogar hierher zurückzuholen und die Führerschaft bei manchen Zukunftstechnologien zurückzuerobieren. Diese Chancen gilt es zu nutzen – wobei man gleichzeitig die Gefahren, die damit einhergehen, in den Griff bekommen muss. Das betrifft Sicherheitsfragen genauso wie (steuer-)rechtliche, ethische und wirtschaftliche Problemfelder sowie darüber hinaus die Notwendigkeit, entsprechende regulative Spielregeln zu schaffen. Dazu gehört die Bekämpfung von Cyberkriminalität und des Potenzials von Cyberkriegen.

All das kann nur in einer internationalen, ja globalen Anstrengung erfolgreich sein. Gerade die Sozialdemokratie hatte und hat noch immer eine internationale Ausrichtung. Gleichzeitig zeigt ihre Geschichte aber auch die fast zwangsläufigen Spannungen zwischen internationalistischer Rhetorik und nationaler Praxis. So bedeutet beispielsweise ein „Mehr Europa“ im Sinne einer Vertiefung der Europäischen Union notwendigerweise auch die Verlagerung von Kompetenzen und damit Macht von der nationalen auf die europäische Ebene. Dies entspräche einer praktischen Umsetzung der ansonsten bloß rhetorischen Internationalität, scheitert aber wohl solange, wie selbst die politischen Vertreterinnen und Vertreter zum EU-Parlament national gewählt werden. Dies ist eine Frage der Selbstbehauptung. Kein Teil kann dies alleine bewältigen.

Dieser Widerspruch zeigt sich auch bei einer neuen, alten Aufgabe: Solidarität sicherzustellen, nicht nur auf nationaler Basis. Bereits im Jahr 2000 wurden von den Vereinten Nationen die sogenannten Millenniumsziele – darunter Bekämpfung der Armut, Primärschulbildung für alle, Senkung der Kindersterblichkeit, bessere Gesundheitsversorgung und ökologische Nachhaltigkeit – formuliert. Die Europäische Union wiederum hat als ihre Grand Challenges die Bereiche Gesundheit und demografischer Wandel, Ernährungssicherheit, saubere Energie, umweltfreundliche Mobilität, Klima und Umweltschutz, sowie Sicherheit definiert. Doch während Solidarität bislang – zurzeit auch wieder verstärkt – allenfalls eine nationalstaatlich geforderte war, braucht es zur Umsetzung all dieser Ziele in einer globalisierten und sinnvollerweise multilateralen Welt eine echte internationale

### Internationale Solidarität

Solidarität, wie vom deutschen Außenminister Heiko Maas und seinem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian bei der UN-Generalversammlung 2019 in New York gefordert. Dies würde beispielsweise auch EU-weite Solidarität mit jenen Mitgliedsländern bedeuten, die aufgrund ihrer geographischen Lage am Rande der EU am stärksten von den Migrationsströmen betroffen sind. Die aktuell oft gegensätzliche Reaktion in vielen Staaten, zumeist irreführend als Populismus bezeichnet, ist Camouflage: Das ist nicht Populismus, sondern eiskalter, autoritärer, nationalistischer Opportunismus und billige Demagogie.

### Die Rolle der Gewerkschaften

Gerade auch die Gewerkschaften, meist nach wie vor den Sozialdemokraten verbunden, müssten sich über die nationalstaatliche Solidarität hinaus engagieren. Und sie müssten stärker auf die immensen Veränderungen der Arbeitswelt reagieren, auf die im Entstehen begriffenen, neuen Berufsfelder, die oft gar nicht mehr den traditionellen Berufsbildern entsprechen, auf die wachsende Zahl jener, die Arbeit ohne gemeinsamen Arbeitsplatz leisten, etwa als Homeoffice-Arbeiter, und oft unter neuen Formen der Ausbeutung: All das erschwert das Entstehen von Solidarität schon aus organisatorischen Gründen. Die Folge: Gewerkschaften haben inzwischen in vielen Bereichen – etwa der Frage vernünftiger Arbeitszeit- oder sinnvoller Ladenschlusszeitregelungen – eine beharrende Orientierung mit dem bloßen Ziel, mehr vom selben zu bewahren. In derart rasch sich verändernden Zeiten wie heute bedeutet Stillstand jedoch einen Rückschritt. Und sorgt außerdem für Resignation, weil man in der digitalisierten Arbeitswelt nicht einmal dieses Ziel des Absicherns durch Beharren erreichen kann. Was die Menschen erwarten, sind Perspektiven, Orientierung und Rückhalt. Die Gewerkschaften sollten sich daher wieder an ihren ursprünglichen Auftrag – die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer – erinnern, sich aber gleichzeitig den Anforderungen der neuen Arbeitswelt anpassen, da es gerade dort die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu gestalten gilt.

### HERAUSFORDERUNG KLIMAWANDEL

Inwieweit uns die Digitalisierung bei der Bewältigung des Klimawandels helfen kann, ist heute noch ungewiss, sogar umstritten. Tatsache ist jedoch, dass der vom Menschen verursachte Klimawandel eine der, *vielleicht sogar die größte* Herausforderung ist, vor der wir heute als Menschheit insgesamt stehen. Der britische Astrophysiker und ehemalige Präsident der Royal Society, Lord Martin Rees, sprach bereits apokalyptisch von „unserem letzten Jahrhundert“ („*our final century*“), ein Urteil, dem sich sein Freund und Kollege Stephen Hawking anschloss. Um diese düstere Prophezeiung nicht eintreten zu lassen, braucht es rasch umfassende Maßnahmen, die sich nicht auf ein paar kosmetische Aktionen beschränken dürfen. Darauf hat der Club of Rome schon 1972 mit den *Grenzen des Wachstums* hingewiesen. Unser aller Wohlstand wurde lange Zeit auf Kosten der Umwelt und der natürlichen Ressourcen erwirtschaftet. Nun aber, im Wissen und Bewusstsein um die negativen Auswirkungen, können wir diesen Weg nicht fortsetzen, wollen wir nicht unsere Zukunft und vor allem die unserer Kinder und Enkel riskieren. Hier ist zwar jeder und jede Einzelne gefragt und gefordert, doch es braucht natürlich auch und vor allem die richtigen Rahmenbedingungen, die von der Politik gesetzt werden müssen. Und es braucht mehr Ehrlichkeit in der Diskussion, denn tatsächlich wird es dabei nicht ohne einschneidende Maßnahmen gehen. Die schmerzliche Wahrheit ist: Eine CO<sub>2</sub>-Steuer, die nicht weh tut, ist wertlos. Placebos bewirken keine Lenkung. Sinnvolle Lösungen gibt es nicht zum Null-Tarif (oder einer lächerlichen Flugticketabgabe von 12 Euro), umso wichtiger ist daher aber auch, dass die Anreize für klimaschonendes Verhalten derart gestaltet sind, dass sie tatsächlich Wirkung zeigen, ohne die sozial Schwachen über Gebühr zu belasten. Dies sollte auch zum ureigensten Anliegen der Sozialdemokratie werden, denn gerade sie hat aufgrund ihrer Geschichte Erfahrung mit dem Kampf für eine lebenswerte Zukunft im Interesse aller und bei gleichzeitigem Schutz der Schwächeren.

### HERAUSFORDERUNG MIGRATION

Auch das sozialdemokratische Kernziel, definiert als „sozialer Ausgleich zur Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes“, kann nur dann erreicht werden, wenn sich die Sozialdemokratie wie auch die Gewerkschaften den Veränderungen durch die Digitalisierung, die längst weiter reichen als nur in die Arbeitswelt, stellen – und dies offensiv und gestaltend, nicht defensiv-abwehrend. Nur so werden sie die Humanisierung der digitalen Gesellschaft erreichen und gleichzeitig die Errichtung eines Überwachungsstaates und/oder eines Überwachungskapitalismus bekämpfen können. Dazu aber bedarf es nicht zuletzt einer Bildungsrevolution, um den neuen technologisch-kommunikativen Anforderungen bestmöglich gerecht werden und den Talentepool ausschöpfen zu können, der im Cyber-Zeitalter bei niedriger Geburtenrate noch wichtiger geworden ist.

Genau genommen sind unsere Herausforderungen gegenüber jenen vor 130 Jahren noch größer geworden. Schon allein wegen der wachsenden Erdbevölkerung: um 1800 gab es erstmals 1 Milliarde Menschen auf der Welt, um 1900 waren es bereits 2, 2010 schon mehr als 7 und inzwischen gehen wir in Richtung 10 Milliarden. Die daraus resultierenden Entwicklungen wie Klimaerwärmung, Umweltverschmutzung und demografische Ungleichgewichte bedeuten neue globale Bedrohungen. Zudem entsteht daraus auch die zentrale Herausforderung der Migration, die in den meist wohlhabenderen Zielländern immer öfter zu xenophoben Abwehrhaltungen führt. Klar ist: Europa kann mit seinen 500 Millionen Einwohnern nicht 250 Millionen Wirtschaftsmigranten aufnehmen. Ebenso klar ist aber auch: ohne Migration wird Europa immer mehr vergreisen. Es bedarf folglich dringend gesamteuropäischer Regelungen zu beherrschbarer Migration sowie deren konsequente Umsetzung. Und es bedarf effektiver Integrationsmaßnahmen, die für beide Seiten sozial verträglich sind. Gute (Aus-)Bildung ist auch hier ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg. Verspätete Deutschklassen lösen diese Aufgabe nicht.

Soziale Abstiegsängste, allgemeine Sicherheitsängste, Verdrängungsängste oder Identitätsängste: Sie sind der Nährboden, auf dem Populismus, Opportunismus und Demagogie mit Fake News gedeihen. Zu wenige Politiker und Meinungsmacher treten diesen Ängsten mit glaubhaften Argumenten und Orientierungen entgegen, um den Menschen Halt, Perspektiven und Unterstützung zu geben, mit diesen Veränderungen zurechtzukommen. Ängste und Neid sind die primären Ursachen für allgemeine Auslands- und Ausländerfeindlichkeit sowie Nährboden für populistisch-autoritäre Fehlentwicklungen. Solche Entwicklungen hat es in Europa schon einmal gegeben; und sie hatten auf dem Höhepunkt des Industriezeitalters verheerende Folgen. Denn nachdem die stabilisierende Funktion der monarchischen Imperien mit und nach dem Ersten Weltkrieg weggefallen war, hat die nationalistische Kleinstaaterei zu Faschismus bzw. Nationalsozialismus geführt, und in weiterer Folge zu verheerenden Zerstörungen in Europa und auf der ganzen Welt.

### DIE PERSPEKTIVEN EUROPAS

Wohin man von Europa auch blickt: rund um diesen Kontinent hat sich von der Ukraine und dem Kaukasus über den Nahen Osten bis nach Nordafrika inklusive der Sahelzone ein „Ring of Fire“ gebildet, dessen Auswirkungen – zumeist in Form von Migranten und Flüchtlingen, aber auch Terrorismus – wir unlegbar spüren und die auch in Europa selbst in Form von zentrifugalen Kräften zu Verwerfungen führen. Großbritannien hat sich mit seiner Entscheidung für den *Brexit* bereits vom Projekt Europa verabschiedet, Russland wiederum versucht – in manchen Gebieten, wie etwa dem Nahen Osten, durchaus erfolgreich – nicht nur seine Machtstellung wieder deutlich auszubauen, sondern auch die Europäische Union



zu spalten und damit zu schwächen. Kerneuropa wird also von seinen Rändern wie durch den Flüchtlings- und Migrationsdruck aus dem Nahen Osten und Afrika zunehmend bedroht. Und die USA, die sich beginnend mit Präsident Obama, endgültig aber unter Trump, als Ordnungsmacht aus dem Nahen Osten bereits fast völlig zurückgezogen haben, würden dies auch gerne in Europa tun – mit der Konsequenz, dass die Europäer, die sich im Rahmen der *Pax Americana* seit 1945 auf den amerikanischen Schutzschirm verlassen konnten, künftig selbst für ihre Sicherheit verantwortlich zeichnen, inklusive der Notwendigkeit höherer Verteidigungsausgaben.

Zudem ist mit China in den vergangenen Jahren ein Akteur auf die Weltbühne zurückgekehrt, der seine rasant wachsende wirtschaftliche Macht zunehmend auch politisch einsetzt. Diesen Umstand haben bisher vor allem Chinas Nachbarn erkennen müssen, doch das von Peking lancierte und vorangetriebene Projekt der „Neuen Seidenstraße“ (*Belt and Road Initiative*) ist auch und gerade für Europa eine große Herausforderung. So ist Chinas Einfluss in der Balkanregion bereits unverkennbar, und mit der 2012 gegründeten Kooperation zwischen China und 16 mittel- und osteuropäischen Ländern (China-CEEC, oder „16 + 1“) zum Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen besteht die reale Gefahr, dass die EU-Mitglieder auseinanderdividiert werden. Ein weiterer Baustein in der chinesischen Strategie ist auch das Abschließen bilateraler Verträge mit einzelnen EU-Mitgliedern wie Griechenland und Italien, um sich im Austausch von Modernisierungs- und Finanzierungszusagen für deren Häfen den Zugang zum europäischen Markt zu sichern. Ähnliche Absichten verfolgen auch Russland und die Türkei.

Von besonderer Bedeutung für die EU ist darüber hinaus aber, dass es im aktuellen Großmachtspiel und technologischen Wettkampf zwischen den USA und China, aber auch Russland und mit einigem Abstand Indien nicht mehr um Auseinandersetzungen auf dem Schlachtfeld geht – sieht man von Stellvertreterkriegen wie in der Ostukraine, Syrien, Irak oder dem Jemen ab –, sondern darum, wer die technologischen Entwicklungen dominiert. Und gerade hier besteht aktuell die große Gefahr, dass Europa gegenüber dem amerikanischen und dem asiatischen Machtblock auf allen Ebenen immer weiter ins Hintertreffen gerät.

Denn die Zukunft der Weltordnung wird sich tatsächlich in Bereichen wie Künstlicher Intelligenz oder Robotik entscheiden. In Europa besteht diesbezüglich großer Aufholbedarf. Daher muss die EU danach trachten, in einer gemeinsamen Anstrengung die digitale Unabhängigkeit und Souveränität (bei Künstlicher Intelligenz, Clouds, Navigationssystemen, Computertechnologie etc.) zu erlangen oder zu bewahren. Das Wissen und die Fähigkeiten sind durchaus vorhanden; woran es den Europäern jedoch immer wieder mangelt, ist die praktische Umsetzung ihres Potenzials. Beim Airbus-Projekt ist dies gelungen, in vielen anderen Bereichen aber fehlt es noch an der Zusammenarbeit.

Die Wirtschaftsordnung  
der Zukunft

Heute sind sieben der zehn wertvollsten Unternehmen der Welt Internet-Giganten, die fünf führenden – Apple, Google/Alphabet, Microsoft, Amazon und Facebook – zudem amerikanische Firmen, dicht gefolgt von den chinesischen Tech-Riesen Alibaba, Tencent und Baidu. Firmen aus Europa finden sich hingegen nicht in der Top-Liste. Erst auf Platz 17 liegt Royal Dutch Shell als wertvollstes europäisches Unternehmen; bestplatziertes IT-Unternehmen ist die deutsche SAP auf Rang 62 (bzw. 12 im Technologieranking). All die genannten neuen IT-Firmen gab es vor 20 Jahren noch nicht – oder sie waren bedeutungslos. Schon dieser Umstand zeigt den gewaltigen Umbruch, den das globale Wirtschaftssystem derzeit erfährt. Es wandelt sich von der materiellen Wirtschaft mit vormals rauchenden Schloten und bislang riesigen Produktionsanlagen (*Tangibles*) zu einem immateriellen System, das auf geistigem Eigentum, Patenten, Software, Unternehmensprozessen sowie hochqualifizierten Mitarbeitern beruht (*Intangibles*). So wird auch schon jetzt in den Industrieländern für jeden Euro an Investitionen in Tangibles 1,15 Euro für Investitionen in Intangibles ausgegeben. Wir steuern ins Zeitalter des digitalen Kapitalismus ohne sichtbares Kapital.

Dies muss zwangsläufig auch massive Auswirkungen auf die Weltwirtschaft haben. Doch die einzigen Antworten, die von der größten Wirtschaftsmacht der Welt, den USA, bisher gefunden wurden, sind Abkehr vom Freihandel, Handelskriege, Strafzölle, Sanktionen, Abschottung und der Einsatz des US-Dollars und des SWIFT-Zahlungssystems als Waffe. Es droht das Ende des Freihandels und eine De-Globalisierung – eine Tendenz, die auch vor dem Internet nicht Halt macht, wo es möglicherweise bald eine amerikanische, eine chinesische, eine russische und vielleicht auch eine europäische Version davon gibt.

Doch Nationalismus, Isolationismus und Protektionismus können keine langfristig erfolgreichen Rezepte zur Bewältigung der weltwirtschaftlichen Herausforderungen sein. Gerade die Europäische Union, die ihre Ursprünge in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im Jahr 1951 hat, ist das Ergebnis der richtigen Lehren aus der verheerenden Geschichte Europas in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Daher muss die EU auch künftig das Bollwerk für Marktwirtschaft und einen vernünftigen Freihandel, für multilaterale Zusammenarbeit und Gemeinwohl, für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sein, weshalb es künftig auch unabdingbar ist, dass die Wirtschafts- und Währungsunion auch durch eine Sozialunion ergänzt wird. Und die EU muss die auch Rahmenbedingungen setzen, die die in Europa tätigen Unternehmen zur *purpose responsibility* und zur *stakeholder responsibility* verpflichten und damit auch zur Wahrnehmung ihrer sozialen Verantwortung.

Umso erfreulicher war es daher, dass entgegen allen durchaus begründeten Befürchtungen bei den EU-Wahlen im Mai 2019 die europaorientierte politische Mitte gegen die Orbáns, Salvinis, Straches, Le Pens u.a. gehalten konnte. Dadurch wurde es möglich, sich auch auf eine sinnvolle Besetzung der europäischen Spitzenposten zu einigen.

#### DIE PERSPEKTIVEN ÖSTERREICHS

Seit Jahrzehnten leben wir in Österreich in einer Periode des Friedens und der Freiheit, des wachsenden Wohlstands und der steigenden Lebensqualität. Mitverantwortlich für diese erfreuliche Entwicklung war eine starke Sozialdemokratie. Damit das auch so bleibt, müssen wir uns den wesentlichen Herausforderungen der Zukunft stellen: der Überalterung unserer Gesellschaft, der Digitalisierung und dem Klimawandel.

Der Status quo ist schnell umrissen: Wir sind in absurdem Maße überreguliert und damit unnötig überbürokratisiert, und wir sind auch sicher nicht im Spitzenfeld hinsichtlich der ökonomischen Freiheit, was insgesamt dazu führt, dass sich unsere Wettbewerbsposition in den letzten Jahrzehnten deutlich verschlechtert hat. Gleichzeitig leiden wir auch unter einer verlangsamten und im Vergleich zu den führenden Ländern zu geringen Innovationsdynamik. So gibt es beispielsweise viel zu wenig Risikokapital – mit dem Ergebnis, dass junge Menschen es hierzulande schwer haben, ein Unternehmen zu gründen, zumal sie zu selten einen Kredit bekommen. Eine Firmengründung gleicht in Österreich beinahe einer Staatsaffäre. Und wer es dennoch gewagt hat, jedoch gescheitert ist, wird als Versager abgestempelt und nicht als jemand gesehen, der es zumindest einmal versucht hat. Das Ergebnis: Unsere Innovationsdynamik hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verringert, die Wettbewerbsfähigkeit ist gesunken.

Bei all den Modernisierungsschüben, die wir erlebt haben (und derzeit erleben), bestand immer Skepsis gegenüber allzu eifrigen Reformern. Und wie in der Vergangenheit werden auch heute Diskussionen betreffend neue Ideen vornehmlich in kleinen elitären Zirkeln geführt, und es dauert oft Jahrzehnte, bis die positiven Effekte politischer Reformen in der breiten Masse „ankommen“. Große Reformprojekte sind außerdem immer mit

der Gefahr verbunden, ihre Initiatoren rasch unpopulär werden zu lassen. Österreich hat aber an vielen Ecken und Enden Reformbedarf. Um Antworten zu finden, braucht es neben einer wieder zukunftsfähig gemachten Sozialpartnerschaft mehr denn je starke, visionäre Persönlichkeiten, die es wagen, gegen den Strom zu schwimmen – entweder weil sie kein Amt zu verlieren haben oder keine Angst davor haben.

Darüber hinaus beeinträchtigt die Fragmentierung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern viele Bereiche in der Politik. Eine Abschaffung der Bundesländer wäre trotzdem nicht die richtige Antwort, da sie in der wechselvollen österreichischen Geschichte eine Quelle der Identität darstellen. Dennoch: Der aus dem Ruder gelaufene Länderföderalismus muss restrukturiert werden. Er ist ein wesentlicher Grund, warum in vielen Bereichen Doppelgleisigkeiten (z.B. bei Bildung oder im Gesundheits- und Spitalswesen zunehmend bei der Altenpflege) bestehen und zahllose Leerkilometer absolviert werden müssen, bevor sich überhaupt etwas bewegt. Vom Erbe der Monarchie gibt es sicher vieles zu bewahren, allen voran die Idee des Vielvölkerreiches. Überdimensionierte Verwaltungsstrukturen und realpolitisch überbewertete Regionalpolitiker gehören aber sicher nicht zum schützenswerten Erbe.

Vor diesem Hintergrund muss noch ein weiterer Aspekt der aktuellen Entwicklungen betrachtet werden: die zunehmende Kluft zwischen den städtischen Ballungsräumen und den ländlichen Regionen, zwischen den urbanen Eliten und der Mehrheit der Bevölkerung, auch wenn dies in den USA und in Großbritannien viel ausgeprägter der Fall ist. Das Wahlverhalten der vergangenen Jahre zeigt diese zunehmende Spaltung immer deutlicher.

Wie alle anderen Länder stehen wir zudem vor der enormen Herausforderung, den Klimawandel bekämpfen und in seinen negativen Auswirkungen begrenzen zu müssen, um unsere Lebensgrundlagen zu sichern. Auch hier sind wir Nachzügler bei der Umsetzung der vereinbarten Klimaziele, mit der Folge, dass Österreich bis 2030 voraussichtlich Emissionszertifikate in der Höhe von bis zu 6,6 Milliarden Euro zukaufen muss. Hätte man rechtzeitig dafür gesorgt, beispielsweise im Verkehrsbereich oder der Strombeschaffung entsprechende Maßnahmen zu setzen, hätte man damit nicht nur etwas gegen den Klimawandel getan, sondern könnte sich damit auch die Strafzahlungen ersparen. Zwar spricht nichts gegen einen vernünftigen Sparkurs, doch bei hohen Ersparnissen und geringen Zinsen und Höchststeuerbelastung einem ökonomisch sinnlosen Null-Defizit nachzujagen und dabei die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur zu vernachlässigen, ist verantwortungslos, wenn diese Infrastruktur bald zusammenzuberechnen droht oder wir im Digitalbereich wie Umweltschutz Nachzügler sind. Im Übrigen haben Länder wie die Schweiz, die Niederlande, Schweden, Deutschland u.a. bei geringer Steuerbelastung längst hohe Überschüsse erzielt.

Wenig überraschend spiegelt sich Österreichs Versagen in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz auch im aktuellen *Climate Change Performance Index* wider. Hier erreichen wir inzwischen nur mehr Rang 38 von 61, und zählen damit zu den „Low Performern“. An der Spitze stehen Schweden, Marokko und Dänemark, doch selbst Länder wie China und Mexiko liegen vor uns. Das Versagen in diesen Bereichen ist gleichzeitig auch ein Versagen der Energiepolitik – Stichwort Zwentendorf, Hainburg und Dorfertal –, und so mussten wir 2017 Energie im Wert von fast 11 Mrd. Euro importieren, knapp 9 Mrd. davon für fossile Energieträger wie Erdöl und Erdgas.

Eine weitere und neben der Klimakrise wohl die bedeutendste Herausforderung für unser Land ist die demografische Bombe, deren Ticken am Arbeitsmarkt auf allen Qualifikationsstufen deutlich zu vernehmen ist. Die Gesellschaft vergreist, es kommen nicht genug Junge nach, doch wir begegnen dieser Tatsache mit Ignoranz. Dabei gefährdet die Alterung der Gesellschaft bei gleichzeitig konstant niedrigen Geburtenraten zunehmend die Finanzierbarkeit unseres Sozialsystems und verschärft damit auch die ohnehin schon bestehenden Ungleichheiten. Davon betroffen ist nahezu der gesamte Facharbeiter-Bereich, ebenso wie das Personal im Pflegebereich,

Herausforderung  
Struktur- und  
Verwaltungsreformen

Herausforderung  
Klimawandel  
(inkl. Energie- und  
Verkehrspolitik)

Herausforderung  
Bildungs- und  
Arbeitsmarktpolitik

Herausforderung  
Innovation und  
Entrepreneurship

im Tourismus oder im Reinigungssektor. Hier gibt es bereits allorts großen Mangel, aber in ökonomisch törichter Weise schieben wir menschenverachtend Lehrlinge, nur weil sie ausländischer Herkunft sind, brutal und aus rein populistischen Erwägungen ab. Dies nennt man dann „ordentliche Rechtspolitik“.

Digitalisierung, Dekarbonisierung und demografischer Wandel – diese drei D sind also die großen Herausforderungen, zu deren Bewältigung wir noch überhaupt nicht gerüstet sind. Schon zu lange erleben wir eine „Staatsform des Stillstands“ (Andreas Koller), die sich in fehlenden Konzepten sowie mangelnder Gestaltungskraft, Gestaltungsbereitschaft und Gestaltungsfähigkeit äußert. Agiert wird entsprechend dem Nestroy'schen Motto: „Was hat denn die Nachwelt für mich getan? Nichts! Gut, das nämliche tu ich für sie.“ Und so begnügt man sich damit, die drängendsten Herausforderungen mit hohlen Worten oder bloßen Ankündigungen zu beantworten, und es steht zu befürchten, dass sich auch im kommenden Jahrzehnt nichts ändert und wir mit faulen Kompromissen abgespeist werden.

Damit sind wir auch schon bei einem der größten Mankos unseres Landes, dem Bildungssystem. Dieses ist noch nicht einmal am Höhepunkt des Industriezeitalters angekommen und folglich hoffnungslos veraltet in Relation zu dem, was das Digitale Zeitalter an Qualifikationen und Flexibilität erfordert. Zwar haben wir im internationalen Vergleich eines der teuersten Bildungssysteme, dennoch bieten die PISA-Ergebnisse, die die Leistungen der Schülerinnen und Schüler in Mathematik, Naturwissenschaften und Lesen ermitteln, immer wieder ein alarmierendes Bild, auf das dennoch nicht ausreichend reagiert wird. Tatsächlich herrscht Bildungsnotstand, der wiederum zu Bildungsarmut und Wirtschaftsnotstand führt. Wir geben ein Vielfaches der Bildungsausgaben für Soziales aus, darunter beträchtliche Summen, um die Fehler im Bildungsbereich auszugleichen. Wenn 20 Prozent der Pflichtschulabgänger nicht ausreichend Lesen, Schreiben und Rechnen können, werden sie zu Sozialhilfeempfängern. Gleiches gilt für mangelhafte schulische Integration. Die Folge ist verhärtete Ungleichheit, auch was Gesundheit und Lebenserwartung anlangt. Dabei ist es gerade der Bildungsstandard der Bevölkerung, der darüber entscheiden wird, ob wir in der digitalen Welt bestehen können und wie wir den Anforderungen durch die Entwicklungen im Bereich Künstlicher Intelligenz begegnen. Die Angst, diese Entwicklung könnte den Menschen die Arbeit rauben, ist unbegründet; im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel in Richtung einer alternden Gesellschaft geradezu absurd.

Soll Österreich auch in der Welt von morgen bestehen (können), muss es sich seiner historischen Tugenden besinnen und nicht falschen Vorbildern folgen. Alpen-Orbanismus und Austro-Trumpismus sind das genaue Gegenteil dessen, womit die 1945 begonnene Erfolgsgeschichte Österreichs weitergeführt werden kann, auch beschönigender und schöngeredeter Austroutopismus bringen uns nicht weiter. Gerade Österreich hat nur im Verbund der europäischen Staaten eine Chance, nicht in die Bedeutungslosigkeit abzurutschen und zum Spielball der Mächtigen zu verkommen. Und nur mit der EU kann es gelingen, effektive Akzente zu setzen, sei es bei der Friedenssicherung an den Rändern Europas, bei der Bekämpfung der Klimakrise, bei der Bewältigung der digitalen Transformation oder des demografischen Wandels zu einer alternden Gesellschaft. Dazu muss sich Österreich aber auch besser als bisher auf die globalen Herausforderungen vorbereiten. Es bedarf dringend entschlossener Aufhol- und Modernisierungsanstrengungen im Bildungswesen sowie im Forschungs- und Innovationssystem, vor allem in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Cyber Physics und Digitalökonomie. Wir müssen uns ebenso wie die Schweden, die Schweizer oder die Niederländer wirksam und damit erfolgreich in Nischen platzieren, aber auch von der sicherheitspolitischen Trittbrettfahrerrolle verabschieden.

**Veränderungen  
gemeinsam  
aktiv mitgestalten**

Und nur wenn es gelingt, diese Gesellschaftsvisionen nicht nur *für die* Menschen, sondern gemeinsam *mit ihnen* zu gestalten und auf diesem Weg auch deren Befürchtungen oder Ängste hinsichtlich Überwachung und „digitaler Diktatur“ als berechtigt ernst zu nehmen, kann es gelingen, die beträchtlichen Chancen der

Digitalisierung, Roboterisierung und Künstlichen Intelligenz zum Vorteil nicht nur weniger Tech-Giganten, sondern aller Menschen in Österreich zu nutzen.

Über allem steht letztlich eine grundsätzliche Frage: Wie können wir in diesen Zeiten des rasanten technischen Fortschritts und der daraus resultierenden Energie-, Mobilitäts- und Digitalwende die soziale Marktwirtschaft sichern und die Gesellschaft (wieder) stabilisieren? Der Blick zurück in die Geschichte kann uns hier einiges lehren. In den vergangenen 300 Jahren haben nach allen historischen Erfahrungen neue Technologien die Anzahl der Arbeitsplätze nicht verringert, sondern vermehrt, allerdings auch die Berufsbilder und die notwendigen Qualifikationen verändert. So auch jetzt: Man braucht Spezialisten, die das Digitale Zeitalter beherrschen. Zudem werden wir in Zukunft aber auch einen noch größeren Bedarf an Pflege- und Bildungspersonal haben. Wir leiden aktuell nicht an einem Überangebot an Arbeitskräften, sondern an einem Defizit an gut qualifizierten. Hier wird eine Angst geschürt, die im völligen Gegensatz zu den tatsächlichen Gegebenheiten steht.

Unzweifelhaft werden in der „kreativen Ökonomie“ vor allem höher qualifizierte Fähigkeiten nachgefragt und entsprechend bezahlt werden. Für die übrigen – so ist zu befürchten – bleibt lediglich die „Gig Ökonomie“, also gering bezahlte Tätigkeiten bei formeller Selbständigkeit („Ich-AGs“) und hoher Abhängigkeit, oder Null-Stunden-Verträge, bei denen auch die Fixierung von Mindestlöhnen wirkungslos ist. Längst droht die Gefahr eines breiten Prekariats, das die soziale Ungleichheit noch gewaltig zu vergrößern droht.

#### BILDUNG ALS ZENTRALES THEMA FÜR EINE GELINGENDE ZUKUNFT

**D**och nicht nur am unteren Rand der Gesellschaft liegt die Herausforderung für die Politik. Es ist vor allem die soziale Mitte, die zunehmend marginalisiert und gespalten wird. Die Angst vor dem Abstieg ist eine der treibenden Kräfte hinter dem allorts aufkommenden Populismus und Nationalismus. Der deutsche Politikwissenschaftler Herfried Münkler hat jüngst ein einprägsames Bild hierfür gefunden: Wenn die gesellschaftliche Mitte, von der Soziologie lange Zeit als Zwiebel beschrieben – in der Mitte dick und am oberen und unteren Ende sehr schmal –, aufgrund fehlender generationenübergreifender Aufstiegsmöglichkeiten zur Sanduhr wird, die dort, wo sie vormalig am dicksten war, nun am dünnsten ist, wird die gesamte Gesellschaft an dieser Stelle zerbrechen – mit fatalen Folgen. Eben sind wir im internationalen Vergleich im Bildungsbereich weit auf Platz 24 zurückgefallen.

Gerade für Österreich ist dies eine deutliche Warnung, denn hierzulande ist die soziale Mobilität deutlich geringer als in vielen anderen Ländern, wird ein beträchtlicher Teil des sozio-ökonomischen Erfolgs oder auch Misserfolgs von einer Generation zur nächsten weitergegeben. Diese „Bildungsvererbung“ bedeutet nichts anderes, als dass beispielsweise nur 15 Prozent der Söhne von Vätern aus dem untersten Einkommensviertel im Haupterbsalter in das oberste Erwerbsviertel aufsteigen. Wer also in diese soziale Gruppe hineingeboren wurde, wird mit einer Wahrscheinlichkeit von über 40 Prozent auch dort bleiben. Und die Jugendlichen wissen das. Man stelle sich vor: Der Gewinner des Wiener Landes-Jugendredewettbewerbs 2018 begann seine preisgekrönte Rede mit folgenden Worten: „Zeig mir die Geldbörse deiner Eltern und ich zeige dir deine Zukunft.“

Überdeckt wurde dies lange Zeit durch die Tatsache, dass die Einkommen in Österreich relativ ausgewogen verteilt waren. Sollte der internationale Trend einer zunehmenden Spaltung der Gesellschaft aber auch auf Österreich stärker übergreifen und sollten sich nicht gleichzeitig die Chancen auf sozialen Aufstieg deutlich verbessern, wird dies zwangsläufig zu gefährlichen sozialen und in der Folge auch politischen Konflikten führen.



Doch soziale Durchlässigkeit und damit ein Stück weit mehr Gerechtigkeit wird es ohne Beseitigung der Bildungsarmut, ohne Überwindung des Bildungsnotstands und ohne Schaffung von Chancengleichheit im Bildungsbereich nicht geben. Ein allen ermöglichter Zugang zu frühkindlicher, elementarpädagogischer Betreuung ist daher ebenso notwendig wie die flächendeckende Einführung verschränkter autonomer Ganztagschulen und die Beseitigung der frühen Bildungsselektion.

#### DIE PERSPEKTIVEN DER SPÖ

Die vor 130 Jahren gegründete SPÖ hat ihre Organisation primär auf der Existenz einer zahlenmäßig starken Industriearbeiterschaft mit vielfach homogenen Interessen aufgebaut. Ihre weitgespannten Perspektiven haben auch zahlreiche Intellektuelle, Künstler, fortschrittliche Lehrer und manche „Bürgerliche“ mit einem starken Sensorium für die soziale Frage und für demokratische Strukturen angezogen.

Doch die klassische und weitgehend homogene Industriearbeiterschaft gibt es in dieser Form nicht mehr. Daher kann auch die SPÖ im soziologischen oder historischen Sinn keine Arbeiterpartei mehr sein wie im Industriezeitalter. Dies zu betonen ist wichtig angesichts beobachtbarer nostalgischer und damit illusorischer Tendenzen. Die Gesellschaft hat – nicht zuletzt auf Grund des Wirkens der Sozialdemokratie – ihre Strukturen grundlegend verändert. Neue Technologien haben neue Verhaltensmuster zur Folge: Man denke beispielsweise an die Entwicklung der Informationssysteme vom Fernsehen, das in den 1950er und 1960er Jahren Einzug in die Privathaushalte hielt, bis zu den sozialen Medien der Gegenwart. Diese neuen Strukturen machen ein Informationssystem, das noch auf „Vertrauenspersonen“, auf Informationskonferenzen und – bis vor kurzem – auf Parteizeitungen beruht, weitgehend wirkungslos. Da sie zu lange in diesen einst erfolgreichen Strukturen festhielt, ist die SPÖ im Industriezeitalter und in der Errichtung des Wohlfahrtsstaates stecken geblieben, ist strukturkonservativ auf Beharrung ausgerichtet und nur in der Lage, „mehr vom selben“ zu fordern.

Es braucht Antworten auf die Fragen der Zeit und die Herausforderungen der Zukunft, zu denen die Themen Globalisierung, Digitalisierung, Klima- und Umweltschutz, Flüchtlingsbewegungen, Migration und Integration ebenso gehören wie die demografische Entwicklung aufgrund der Alterung der Gesellschaft mit den entsprechenden Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Finanzierung des Sozialstaates. Es braucht Orientierung und Wirtschaftskompetenz, Bereitschaft zu vernünftigen Arbeitszeitregelungen, man ignoriert die Pensions- und Pflegebedürfnisse, man ist nicht bereit für eine zeitgemäße Gesundheits- und Spitalsreform, man lehnt Freihandelsabkommen ab und gefällt sich in Steuerideen, die nicht den Erfordernissen des digitalen Zeitalters entsprechen. Und nicht einmal zu einem ihrer ureigensten Themen, dem der Bildung, hat sie aktuell etwas zu sagen, und dies, obwohl gerade zeitgemäße Bildung die zentrale Voraussetzung dafür ist, Bildungsarmut zu beseitigen, Chancengleichheit zu schaffen und soziale Durchlässigkeit zu ermöglichen, aber auch das Verständnis für die Wichtigkeit von Wissenschaft, Forschung und Innovation zu erhöhen. Es wird nichts bringen, die Robin Hood-Keule der Gleichheit mit Neid durchsetzt zu schwingen, aber sich nicht im Bildungsbereich um die ursächliche Lösung zu kümmern. Zeitgemäße Bildung ist die zentrale Voraussetzung, um Chancengleichheit zu schaffen und soziale Durchlässigkeit zu ermöglichen; eine solche umzusetzen, muss daher auch wieder ein Kernanliegen der SPÖ werden. Zudem muss sie auch wieder die Partei *aller hart arbeitenden* Menschen sein und damit die Garantin sozialer Gerechtigkeit und sozialen Zusammenhalts. Das ist in Zeiten zunehmender Fragmentierung der Gesellschaft schwieriger denn je und erfordert Mut zu weitgehenden Veränderungen, andernfalls aber bleibt die SPÖ die – Originalzitat des Kärntner Parteichefs Peter Kaiser – „strukturkonservativste Partei“ und damit

weiter in der Abwärtsspirale gefangen. Die SPÖ sollte sich an die Spitze einer breiten Reformbewegung stellen, die nicht bloß das Erreichte abzusichern versucht, sondern zeitgemäße und zukunftstaugliche Wege erarbeitet. Und die Reformbereitschaft muss natürlich auch sie selbst betreffen. Denn mit einer Kombination von xenophober Migrationsablehnung und utopischen Ideen zur Bewältigung der Klimakrise werden wir die Zukunft nicht gewinnen können.

In der SPÖ ist eine zu große Abhängigkeit von den Freunden in den Gewerkschaften entstanden, die – und nicht nur sie – in vielen Bereichen eine beharrende und bewahrende Orientierung vertreten unter dem Motto „Nur mehr vom selben!“ Auch hier ist es an der Zeit, dass die SPÖ ihre Beziehung zu den Gewerkschaften den neuen sozialen und technologischen Verhältnissen anpasst. Denn in den sich so rasch verändernden Zeiten bedeutet jedes Beharren schon einen Rückschritt. Betroffen davon sind vor allem kaum mehr aufschiebbare Reformen in den Problemfeldern Pensionen, Arbeitszeit, Krankenversicherung, Spitäler, Arbeitslosenversicherung, Pflegeversicherung, etc. Und wenn eine politische Bewegung sich selbst als Partei der arbeitenden Menschen versteht, sollte sie auch entsprechende Konzepte für eine hohe Beschäftigung haben. Das Motto des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms des Jahres 1968 – „Leistung, Aufstieg, Sicherheit“ und zwar genau in dieser Reihenfolge – sollte wieder in den Vordergrund rücken. Doch die SPÖ hat diese Einsicht längst vergessen und damit auch ihre Wirtschaftskompetenz eingebüßt. Da tröstet es auch nicht, dass auch die anderen politischen Gruppierungen eine solche nicht vorweisen können. Wirtschaftskompetenz ist in Österreich zu einem weißen, leeren Feld geworden.

Die SPÖ muss aber vor allem wieder eine Partei des Prinzips Hoffnung werden – eine Partei, die die technologischen und kommunikativen Revolutionen der letzten und der kommenden Jahrzehnte nicht abwehrt, sondern ihnen eine soziale und humane Dimension abverlangt. Sie muss vor allem eine Partei werden, welche sich für die nötigen Reformen und die nötigen Mittel im Bildungssektor engagiert, auf allen Ebenen, von der Elementarpädagogik bis zum Hochschul- und Forschungsbereich.

Die SPÖ muss sich zudem als Partei einer vernünftigen Klimaschutzpolitik positionieren, welche die Möglichkeiten neuer Technologien mit sozialem Augenmaß propagiert. Dabei muss aber – wie bereits ausgeführt – auch klar werden: Klimaschutz ist nicht zum Nulltarif und nicht ohne Schmerzen zu erreichen. An erster Stelle muss dabei ein großzügiger Ausbau der öffentlichen Verkehrsnetze stehen. Eine CO<sub>2</sub>-Steuer ist wohl nur in einer aufkommensneutralen Form im Rahmen einer ökosozialen Steuerreform zu vertreten; d.h. eine stärkere Besteuerung und daher Verteuerung der fossilen Brennstoffe muss von steuerlichen Entlastungen des Faktors Arbeit begleitet sein. Es ist völlig unverständlich, dass wir eine großzügige Pendlerpauschale verteidigen, deren Hauptbegünstigte die Bewohnerinnen und Bewohner des Speckgürtels sind, während niedrig verdienende Pendler wie etwa Kassiererinnen bei Supermärkten aus dem Südburgenland nichts davon haben.

Und schließlich muss die SPÖ auch zur Kenntnis nehmen, dass ihre lange Zeit so verdienstvolle Organisationsstruktur nicht mehr zeitgemäß ist. Die meisten Menschen wollen sich nicht mehr in das für sie als zu empfundene Korsett starrer Parteistrukturen pressen lassen, wollen nicht die berühmt-berüchtigte Ochsentour durch Sektionen und Bezirke auf sich nehmen, sie wollen sich direkter, rascher und effektiver politisch engagieren. Als politische Kraft, die einst das Wahlrecht erkämpft hat, ist die Sozialdemokratie verpflichtet, sich nicht nur um die Verteidigung derselben, sondern um deren Ausbau und Vertiefung zu kümmern. Denn eine Demokratie lässt sich langfristig nur sichern, wenn sie nicht allein als Regierungs-, sondern als Lebensform verstanden und gelebt wird. Die SPÖ sollte ihnen diese Möglichkeiten bieten und mit neuen Initiativen für einzelne Interessen auch außerhalb der klassischen Partei zusammenarbeiten.

**Mut, Zuversicht,  
in Bewegung kommen**

**Sozialdemokratische  
Kernbotschaften:  
Chancengleichheit,  
Gerechtigkeit, Solidarität**

So könnte sie auch neue, haltgebende Bindungen aufbauen, wie sie im ländlichen Raum durch ein dichtes Vereinsnetz, etwa durch Freiwillige Feuerwehren, Bergrettungen, Musikvereine etc., oder in städtischen Kleingartenvereinen noch gegeben sind. Dies ist gerade im Zeitalter der sozialen Medien von großer Relevanz, da sie meist kein Gemeinschaftserlebnis bieten, sondern eher in die Isolierung führen. Aber: Als Kommunikations- und Informationsplattformen müssen die sozialen Medien von der SPÖ noch viel besser genutzt werden.

Kurzum: die SPÖ muss wieder „beweglich“ werden, heraus aus dem Zustand der Lähmung und damit auch wieder bündnisfähig zur Durchsetzung neuer Ziele auf Basis bewährter Werte. Schon einmal hat die Sozialdemokratie große Erfolge erzielt mit potentiellen Bündnispartnern, die „ein Stück des Weges“ mit ihr gegangen sind. Heute sind diese möglichen Partner noch vielfältiger geworden, umfassen klassisch christlich-soziale Gruppen ebenso wie Liberale und Grüne, vor allem aber auch Parteiungebundene. An der SPÖ liegt es nun, diese oft auch in sich differenzierten Gruppen zur Erreichung punktueller Ziele zu bündeln (Vorbild: Bildungsvolksbegehren), ohne damit auch schon einen parteipolitischen Führungsanspruch zu stellen.

#### VERSUCH EINER PERSÖNLICHEN BILANZ

Ich gehöre der ersten glücklichen Generation an, die den größten Teil ihres Lebensweges in Frieden, Freiheit, bei steigendem Wohlstand und einigermaßen gesicherter Wohlfahrt gestalten konnte. Wir haben das „Zeitalter der Extreme“, wie mein Freund Eric Hobsbawm das 20. Jahrhundert benannte, in ihren Grundzügen miterlebt, aber eben nicht in allen grauenvollen Konsequenzen. Wer wie ich vor 1945 geboren wurde, musste demnach zwar noch den Zweiten Weltkrieg und seine Folgen erleben, konnte danach aber ohne Unterbrechung auch am scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg Österreichs teilhaben.

Von der Wertestruktur bin und bleibe ich immer ein wirtschaftsliberal orientierter Sozialdemokrat – angeleitet von Humanismus und Aufklärung, von Toleranz und Solidarität. Aber diese Werte sind nun in einer sich ständig und so rasch wie kaum jemals zuvor ändernden Welt neu zu realisieren. Solidarität bedeutete im Frühstadium der Industrialisierung etwas anderes als in einer Phase, in der – jedenfalls in unseren Gesellschaften – die meisten Menschen weit mehr zu verlieren haben als ihre Ketten. Daher gilt es, das Erreichte abzusichern – doch nicht durch starres Beharren, sondern durch Veränderungsbereitschaft und Reformwillen. Das bedeutet aber auch, dass das, was verteilt werden soll, zuerst einmal erwirtschaftet werden muss. Dabei ist immer den aktuellen Veränderungen, Umstürzen und Umbrüchen Rechnung zu tragen, will man nicht Stillstand in Kauf nehmen müssen und in der Folge Rückschritt und Abstieg erleiden.

Geistig muss die Sozialdemokratie ihren alten humanistischen Werten verpflichtet bleiben: Frieden, Freiheit, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, der Marktwirtschaft und der sozialstaatlichen Sicherheit und Verantwortung in dem Sinn, dass keiner zurück- oder alleingelassen wird, wenn er Pech hat, aus welchem Grund auch immer, oder vom Schicksal getroffen wird. Und die Sozialdemokratie muss sich jenem weltoffenen Internationalismus verpflichten, der oft genug kleingeistigem Provinzialismus und opportunistischem Populismus geopfert wurde und wird. Seit 1989, dem Ende des sogenannten Ostblocks, sind mehr als 30 Jahre mit großen Umwälzungen vergangen, mit dramatischen Veränderungen und schrecklichen neuen Gefahren, alles in rasantem, stets noch zunehmendem Tempo.

Jüngst hat nun mit der Corona-Pandemie eine neue Zeitrechnung begonnen. Noch sind die Auswirkungen dieses viralen Flächenbrandes nicht in ihrer Gesamtheit abzusehen, doch eines ist klar: Eine Rückkehr in die „alte Normalität“ wird es nicht geben. Wir müssen uns auf vielfach geänderte Umstände und damit auch den Beginn

einer „neuen Normalität“ einstellen. Denn die einschneidenden Maßnahmen, die weltweit zur Bekämpfung des Virus unternommen werden mussten, und die damit verbundenen Erfahrungen, die jeder Einzelne aufgrund der erzwungenen Isolation gemacht hat, machen die Rückkehr in die Vor-Corona-Zeit nicht möglich – und in mancherlei Hinsicht auch gar nicht wünschenswert. Weder im Alltagsleben noch in der Wirtschaft können wir zum bislang Gewohnten zurückkehren. Die erzwungene Entschleunigung wird teilweise bestehen bleiben, und auch unser Reise- und Urlaubsverhalten sowie unser Konsum werden sich verändern. Die zahlreichen Hilfspakete, die geschnürt wurden, konnten zwar das Schlimmste verhindern, doch den wirtschaftlichen Rückgang können sie nicht aufhalten. Die vor uns liegenden Jahre bedeuten langsames Wachstum, höhere Inflation und deutlich mehr Arbeitslose.

Auch die Produktionsformen und Lagerhaltungen der Unternehmungen werden sich wandeln, um das Risiko zu engmaschiger Lieferketten und zu knapper Lagerhaltung sowie der damit verbundenen Verwundbarkeit zu reduzieren. Krisenpläne und -einrichtungen werden ebenso erhöhte lokale Aufmerksamkeit finden wie die Versorgung mit kritischen Produkten (Medikamente, Schutzausstattungen) oder kritische Infrastrukturen.

„Glokalisierung“, also die Verschränkung von Globalisierung und lokalen bzw. regionalen Prozessen, wird somit eine deutlich größere Rolle spielen, wobei wir jedoch darauf achten müssen, dass wir gleichzeitig auf multilateraler Basis die Re-Globalisierung sicherstellen und nicht den Fehler deglobalisierender und isolationistischer Renationalisierung begehen.

Und schließlich werden Robotisierung, Künstliche Intelligenz und 3D-Druck verstärkt zur Anwendung kommen. Insgesamt wird sich die digitale Transformation beschleunigen, u.a. im Bildungsbereich.

Aus all dem kann viel Positives entstehen – vorausgesetzt, dass auch künftig Zusammenhalt, Gemeinsinn und Solidarität anstelle polarisierender Selbstinszenierung gelebt werden. Viren und die dadurch ausgelösten Pandemien sind keine nationalen, sondern globale Phänomene – und werden dies auch immer sein. Zu ihrer Bekämpfung braucht es neben den nationalen Maßnahmen daher immer auch die internationale Zusammenarbeit. Dies gilt erst recht für die europäische Kooperation. Zu den hier schon länger bestehenden Problemen ist die Bewältigung der Corona-Krise noch hinzugekommen – und Europa ist gefordert, sich dieser Aufgabe zu stellen und zudem den europäischen Binnenmarkt wie die demokratischen Rechte zu sichern.

Bei all diesen Entwicklungen haben die folgenden Generationen aber eine grundlegende Herausforderung, die auch meine hatte: das nächste halbe Jahrhundert jeder für sich und alle gemeinsam erfolgreich zu gestalten. Unter Berücksichtigung des allzeit gültigen Mottos von Willy Brandt: „Friede ist nicht alles. Aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Dies gilt auch für Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Solidarität.

Friede, Freiheit,  
Toleranz, Solidarität